

Subventionspolitik

Nutzlos – aber begünstigt

Steuersparmodelle. Viele Investitionen beruhen darauf. Etliche Steuerzahler opfern einen beträchtlichen Teil ihrer Lebenszeit, um die maximale Steuerersparnis zu erreichen. Auch Warren Buffet. Das Investmentgenie ist ein Freund davon. Buffet hat wie viele Normalo-Steuerzahler erkannt, daß der Staat reichlich Modelle anbietet, mit denen er dem braven Steuerzahler einen Teil seines selbstverdienten Geldes großzügig beläßt. Ein schönes Beispiel sind die aus dem Mittelalter



VON
SUSANNE
KABLITZ

» Steuer-Vorteile kommen gut zur Geltung, wenn Mega-Ängste geschürt werden.«

bekanntesten Windmühlen, die inzwischen technisch aufgerüstet wurden und als angeblicher Ersatz der Kernkraftwerke im Rahmen der Energiewende zu neuen Ehren kommen. „Hinsichtlich Windenergie bekommen wir Steuervorteile, falls wir eine Menge Windparks errichten. Das ist der einzige Grund, sie überhaupt zu errichten. Sie sind ohne diese Steuervorteile völlig sinnlos!“, sagt Warren Buffet, der dem politisch korrekten Mainstream gehörig in die Parade fährt. „Kleinanlagen mit Zu-

fallsleistung“, nennt Klaus Ermecke von KE-Research die Pseudo-Alternativen zu den konventionellen Kraftwerken, die den Anschein erwecken, zur Verbesserung des Klimas beizutragen. Ob nun Windanlagen, die kostenlos angeschlossen werden, oder Förderstütze, bei denen der deutlich höhere Bestandsschutz noch gilt, während nur die inzwischen gekürzten Sätze genannt werden – der Phantasie der Marktschreier von Steuervergünstigungen sind nahezu keine

Grenzen gesetzt. Ob Elektroautos, die von der Kfz-Steuer befreit sind und denen ein bevorzugter Parkplatz zur Verfügung steht, während der Fahrgast den kraftstofflosen Betrieb allerdings nur ohne Klimaanlage und Sitzheizung genießen darf, oder Solaranlagen. Da schickt die Sonne dann doch denjenigen eine Rechnung, die aufgrund der Höhe ihres Einkommens keine Steuern sparen können und somit diejenigen subventionieren, die jeden verurteilen, der Steuern hinterzieht, aber gern zu dem Kreis gehören, die klimagenerös ärmeren Leuten über die Umlage das Geld aus der Tasche ziehen.

Die Liste der gescheiterten Steuersparmodelle ist lang: Ob der begünstigte Wohnraum nach der Wende – kläglich gescheitert, die Investitionen in „denkmalgeschützte Superschnäppchen“ im früheren Osten – ein Verlustgeschäft oder der „Riester- und Rürup-Murks“, der eine sinnvolle Altersvorsorge nur vortäuscht. Alle Investitionen, die sich nur wegen steuerlichen Aspekten lohnen, sollten einem sehr genauen Blick unterzogen werden. Steuerliche Vorteile kommen dann besonders gut zur Geltung, wenn Mega-Ängste geschürt werden. Ob es nun der angebliche Klima-Gau ist oder die Armut im Alter – stets soll es der Staat sein, der die Welt vom Unheil befreit. Und mit nichts kommt er besser zum Ziel als mit der Aussicht, Steuern zu sparen. Denn Steuerhinterziehung ist strafbar!

Nur die älteren Semester profitieren von der Rentenreform

Die Jungen sind die Dummen

Von Thorsten Brückner

Manchmal müssen die Dinge erst schlimmer werden, bevor Besserung eintritt. Wer die Rentenreform der Bundesregierung von dieser Warte aus betrachtet, muß zu dem Schluß kommen, die „Rente mit 63“ sei ein Schritt in die richtige Richtung. Daß das umlagefinanzierte System in einer von der demographischen Krise geplagten Nation längst dem Tod geweiht ist, hält die Bundesregierung nicht davon ab, noch einmal eine kräftige Ladung Öl in das brennende Haus der Generationengerechtigkeit zu gießen.

Ein heute 24-jähriger zahlt laut den Berechnungen des Bochumer Wirtschaftsprofessors Martin Werdung fast 80.000 Euro mehr in die Rentenkasse ein, als er später einmal herausbekommen wird. Die staatliche Rentenkasse noch eine Versicherung zu nennen, ist fast schon zynisch. Richtiger wäre es, von einer Rentensteuer zu sprechen. Damit aber noch nicht genug: Laut Focus Online muß ein heute 20-jähriger über 900.000 Euro privat für seine Altersvorsorge zurücklegen, um bei

niedrigeren Leistungen aus dem staatlichen System seinen Lebensstandard halten zu können. Ausgerechnet die Generation, der immer mehr Lasten aufgebürdet werden, soll nach dem Willen der Regierung privat vorsorgen. Durchschnittsverdiener, die über Steuern und Sozialabgaben oft mehr als zwei Drittel ihres Einkommens beim Staat abliefern müssen, können darüber nur den Kopf schütteln.

Es handelt sich um staatlich verordnete Altersarmut für eine ganze Generation. Aber regt sich Widerstand? Keine Spur! 78 Prozent der unter 30-jährigen bewerten laut einer Umfrage von Infratest Dimap die Rente mit 63 positiv – mehr als in jeder anderen Altersgruppe: Nur die dümmsten Kälber wählen eben ihre Metzger selber. Wichtiger als sich über die nun verabschiedete Rentenreform zu echauffieren, wären Rufe nach einem Umbau des Systems. Gerade den unter 40-jährigen muß mehr Netto vom Brutto bleiben, damit sie eigenverantwortlich in eine für sie geeignete Altersvorsorge investieren können.



EZB-Chef Mario Draghi: Seine Geldpolitik entlastet zwar die Wirtschaft, die einfachen Bürger dagegen müssen den Gürtel enger schnallen

Am Ende werden die Sparer bezahlen

Negativzinsen: Die Europäische Zentralbank plant eine schleichende Enteignung

THORSTEN POLLEIT

Die Zeichen mehren sich, daß die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins auf ihrem Ratstreffen am 5. Juni absenken wird – von derzeit 0,25 Prozent auf möglicherweise 0,15 Prozent oder auf eine „Bandbreite“ von null bis 0,25 Prozent. Die Befürworter eines solchen Schrittes erhoffen sich vielerlei: eine Belebung von Produktion und Beschäftigung, eine Schwächung des Euro-Wechselkurses, um die Exportindustrie zu entlasten, und daß die allseits gefürchtete Deflationsgefahr gebannt wird.

Doch es gibt eine Reihe von negativen Wirkungen, für die die Zinsdrückerei sorgen wird. Tiefe Zinsen reißen Lücken in die Altersvorsorge. Sie bringen Lebensversicherungsunternehmen in eine zusehends schwierige Lage, weil keine angemessene Rendite mehr ausgezahlt werden kann. Auch die barwertigen Pensionsverpflichtungen der Unternehmen schwellen an, wenn die Zinsen herabgedrückt werden, und das schmälert deren Eigenkapital. Und weil

die Inflation schon heute vielfach höher ist als der Zins, werden die Ersparnisse noch stärker entwertet.

Niedrige Zinsen provozieren nicht zuletzt auch wirtschaftliche Fehlentwicklungen. Sie verleiten zum Beispiel zu „Flop“-Investitionen, und sie lassen Spekulationsblasen auf den Finanzmärkten entstehen, die nachfolgend platzen und die Wirtschaft schwer schädigen.

Negativzinsen hätten schwere Folgen für Anleger

Doch die EZB will nicht nur den Leitzins senken, sie denkt auch darüber nach, einen negativen Einlagezins zu erheben: Banken sollen einen „Strafzins“ entrichten, wenn sie „Überschufguthaben“ bei der EZB halten. Das soll Banken antreiben, neue Kredite an die lahrende Euro-Wirtschaft zu vergeben. Ein negativer Einlagezins hätte jedoch ebenfalls heikle Folgen.

Erstens: Ein negativer Einlagezins reduziert die Gewinne der Banken, aus denen sie neues Eigenkapital bilden können. Da die Eigenkapitaldecke der Banken nur hauchdünn ist, müssen die Steuerzahler verstärkt zur Kasse gebe-

ten werden und/oder die Europäische Zentralbank muß mehr Geld „aus dem Nichts“ in Umlauf bringen, wenn marode Euro-Banken mit Eigenkapital aufgepolstert werden.

Zweitens: Ein Negativzins erhöht den Anreiz für Banken, in relativ „risikoarme“ Wertpapiere, also Staatsanleihen, zu investieren. Banken werden dadurch ermutigt, vor allem Staatsschulden zu monetisieren – also etwas zu tun, was mit Fug und Recht als Inflationspolitik zu bezeichnen ist.

Drittens: Die Euro-Banken reichen den negativen Einlagezins an ihre Privatkundschaft weiter. In einem Nullzinsumfeld steigt so die Verzinsung auf Bankeinlagen. Die Bankkunden werden die Geschädigten sein, wenn ihre Tagesgeldkonten keine Zinsen abwerfen, die über der Inflationsrate liegen.

Viertens: Wenn die Einlagenverzinsung negativ wird, könnte den Banken sogar ein Abzug von Depositen (Festgelder und ähnliche Terminanlagen) drohen, und zwar dann, wenn die Kunden erkennen, daß sie mit Bargeldhaltung besser aufgestellt sind als mit dem Halten von Bankguthaben. Erleiden Banken dadurch Finanzierungslücken, müßte die EZB die elektronische Notenpresse anwerfen.

Fünftens: Auslandsinvestoren fragen weniger Euro nach, wenn ihnen die Euro-Banken, bei denen sie ihre Guthaben halten, einen negativen Einlagezins berechnen. Eine nachlassende Euro-Nachfrage aus dem Ausland spräche für eine Abwertung des Euro-Wechselkurses. Das mag Exporteuren kurzfristig helfen, gleichzeitig werden die Importgüter teurer.

Die Geldpolitik der EZB folgt der Keynesianischen Lehre – vermutlich zur allergrößten Verzückung all derjenigen, die die Zentralbank schon immer in den Dienst der Tagespolitiker stellen wollten: Der EZB-Rat und seine

Ratgeber sind beseelt von der Idee, daß immer tiefere Zinsen die Wirtschaft beleben. Und wenn diese Idee zündet, muß man die Zinsen so weit absenken, daß sie negativ werden. Und wenn auch das nicht hilft, muß man eben zu „noch aggressiveren“ Maßnahmen greifen.

Über letzteres denkt der EZB-Rat auch bereits nach. Das Heilsversprechen heißt „Quantitative Easing“, etwas, das sich am treffendsten als Geldvermehrungspolitik übersetzen läßt: Die Zentralbank kauft Wertpapiere und bezahlt die Käufe mit neuem, „aus dem Nichts“ geschaffenen Geld.

Am Ende wird die Inflation weiter ansteigen

Die EZB kann im Zuge dieser Geldpolitik die Währungsmenge jederzeit und in jedem gewünschten Umfang ausweiten. Zudem kann sie damit die Anleihezinsen absenken und so strahlenden Staats- und Bankschuldnern Erleichterung verschaffen.

Wenn die EZB zu dieser Maßnahme greift, was vermutlich noch in diesem Jahr geschehen wird, stehen dem Euroraum japanische Zinsverhältnisse ins Haus: also ungeahnt niedrige Zinsen, mit allen negativen Wirkungen.

Aber nicht nur das. Die Europäische Zentralbank wird letztlich auch die Inflation in die Höhe treiben müssen, damit die Euro-Schuldenpyramide nicht unter ihrer eigenen Last zusammensackt. Niedrige Zinsen und steigende Inflation bedeuten Entwertung der Ersparnisse – die vor allem diejenigen treffen wird, die gutgläubig auf das Versprechen eines stabilen Euro gesetzt haben.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Chefökonom von Degussa Goldhandel und Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland. ■ Kommentar Seite 2

Entwicklung des EZB-Leitzinses



Ratzeburg
14. – 18.06.2014

nur noch wenige Plätze

Tangermünde
28.09. – 03.10.2014

im Herbst



DER PHILOSOPHISCHE SALON SEMINARE UND KULTUR

JUNGE FREIHEIT empfiehlt!

Für jedes Reiseangebot gilt:

- ✓ inkl. Unterkunft im 4-Sterne-Hotel
- ✓ inkl. Vollpension
- ✓ inkl. Seminar und Arbeitsmaterial
- ✓ inkl. Rahmenprogramm, Ausflüge etc.
- ✓ inkl. aller Eintrittsgelder
- ✓ inkl. Reisebegleitung

Gabriele Fiedler
Der Philosophische Salon
Postfach 130550
20105 Hamburg



Ein philosophisches Sommervergnügen im Naturpark
Lauenburgische Seen
14.–18.06.2014 in Ratzeburg

In unserer unübersichtlich gewordenen Zeit helfen uns philosophische Einsichten bei der Wahl unserer Lebensführung. In sommerlich-heiterer Atmosphäre besprechen wir Gedanken zeitgenössischer Philosophen zum Thema „Lebenskunst heute“.

ab 940,00 pro Person

Rufen Sie mich gerne an:
Telefon: 040 / 4 10 80 90
Mail: Philosophischer-Salon@t-online.de
www.fiedlerpr.de

Begegnung mit Immanuel Kant
28.09.–03.10.2014 in Tangermünde

Kant ist schwierig? In unserem Seminar gelingt es Ihnen, sich mit den Gedanken Kants vertraut zu machen. Er ist von überragender Bedeutung bis in unsere heutige Zeit, preußische Tugenden sind mit Kant verbunden. Sich mit Kant zu beschäftigen bedeutet, Klarheit des Denkens zu erlangen.

ab 1.100,00 Euro pro Person

In Zusammenarbeit mit



Lesen, was Sache ist.